

Helmut Zell. Buchbesprechung erschienen in: Internationale Politik und Gesellschaft (IPG), Friedrich-Ebert-Stiftung, 1/1994, S. 89-90

**Wolfgang Hein (Hrsg.), Umweltorientierte Entwicklungspolitik, Schriften des Deutschen
Übersee-Instituts, Hamburg 1992, ISBN 3-926953-13-6**

Die Grenzen der Belastbarkeit des globalen Ökosystems zeigen sich ausgerechnet jetzt, wo die Länder der Dritten Welt sich vermehrt an der Nutzung bzw. Verschmutzung der gemeinsamen Umwelt beteiligen möchten. Da aber eine Besserung der Lebensverhältnisse für die Armen ohne materielles Wachstum kaum vorstellbar ist, zeichnet sich ein Konflikt zwischen dem herkömmlichen Entwicklungsziel und der begrenzten Belastungsfähigkeit der Umwelt ab. Vor diesem Hintergrund untersuchen die Beiträge des vorliegenden Sammelbands, welche praktischen Konsequenzen sich aus jüngeren ökologischen Erkenntnissen für die Entwicklungspolitik ergeben. Auf insgesamt fast 500 Seiten und in 23 Einzelbeiträgen kommen Fachleute von Forschungsinstituten, der GTZ, des BMZ, von Green Peace, etc zu Wort.

Die Autoren der theoretisch orientierten Beiträge in den beiden ersten Abschnitten sind sich einig, daß die Bedrohung der globalen Umwelt ein kritisches Maß erreicht hat. Einigkeit besteht auch darüber, daß man den Entwicklungsländern die Naturressource "Umwelt" nicht vorenthalten kann. Die Industrieländer als die Hauptschuldigen an der Misere hätten ein hohes Maß an Mitverantwortung zu tragen. Thematisiert wird die Frage, ob allein mit einer ökologischen Modernisierung, d.h. durch den Einsatz umweltfreundlicher Technologie, ein "sustainable development" erreicht werden kann oder ob etwa solche Hoffnungen nur geweckt werden, um jetzt schon machbare Veränderungen (z.B. Einschränkungen beim Konsum) hinauszuschieben. Simonis kritisiert die Aufteilung herkömmlicher Wissenschaft in voneinander isolierte Fachgebiete, da dies die Lösung der komplexen Umweltprobleme erschwere. Die These von Römperczyk, daß der mit der Ost-West-Entspannung eingeleitete Rückgang der Entwicklungshilfe dem Süden Impulse für eine umweltverträgliche Entwicklung geben kann, ist interessant. Sein Versuch, diese These am Beispiel von Chile zu belegen, kann jedoch nicht überzeugen.

Der Umweltbeauftragte des BMZ weist in seinem Beitrag darauf hin, daß Belange des Umweltschutzes schon seit längerer Zeit Eingang in der Entwicklungspolitik gefunden haben. Seit Anfang der 80er Jahre haben Projekte des Umweltschutzes einen wachsenden Anteil sowohl bei der TZ als auch bei der FZ. Ferner werden seit Jahren sämtliche BMZ-finanzierten Entwicklungshilfeprojekte einer Umweltverträglichkeitsprüfung unterzogen.

Als ein konkreter Ansatz der umweltpolitischen Zusammenarbeit wird der Projekttyp "ökologischer Wissenstransfer" vorgestellt. Damit wird angestrebt, Institutionen in Entwicklungsländer in die Lage zu versetzen, Umweltprobleme besser zu erkennen und zu bewältigen. Ein weiteres Instrument der internationalen Umweltpolitik sind "Debt-for-Nature Swaps", mit denen Schuldenabbau und die Durchführung von Naturschutzmaßnahmen miteinander verknüpft werden. Mit dem wachsenden Problemdruck sind in den letzten Jahren Umweltbewegungen im Norden und im Süden (sogenannte UNGOs) entstanden. Am Fall von Mexiko werden Entstehungsgeschichte, Typen und ihr Potential näher untersucht.

Im dritten Abschnitt steht die Frage im Mittelpunkt, ob Wirtschaftswachstum und Energieverbrauch entkoppelt werden kann, um dem verhängnisvollen Treibhauseffekt zu entgehen? Paulus präsentiert für den Fall Indien die Ergebnisse dreier Szenarien über Wirtschaftswachstum, Energieverbrauch und CO₂-Ausstoß bis zum Jahr 2005. Danach sind selbst beim optimistischen Szenario ein Anstieg sowohl des Energieverbrauchs als auch des CO₂-Ausstoßes zu erwarten. Indien wird also in Zukunft mit hoher Wahrscheinlichkeit in einem wachsenden Maße zur globalen Umweltbelastung beitragen. Hoffnungen auf die Möglichkeit ein umweltverträgliches Wachstum werden durch dieses Ergebnis jedenfalls nicht gestützt. Im Beitrag der Fachabteilung Energie der GTZ werden die Ergebnisse einer Studie vorgestellt, die für 54 Ländern untersucht, inwieweit dort durch

"Rationelle Energieverwendung" der CO₂-Ausstoß reduziert werden könnte. Errechnet wird ein Einsparpotential von 3% des Weltausstoßes an CO₂.

Dem Einsatz "Regenerativer Energiequellen" (Solar, Wasser, Wind, Biogas, Biomasse) als der zweiten Möglichkeit zur Reduktion der CO₂-Emissionen wird von der GTZ eine große Bedeutung zugesprochen. Da diese Einschätzung aber nicht durch konkrete Angaben belegt wird, weiß man nicht, ob hier nicht vor allem Zweckoptimismus zum Ausdruck kommt. Schäfer ist in seinem Aufsatz zu diesem Thema skeptischer. Er stellt fest, daß regenerative Energiequellen gegenwärtig nur einen "infinitesimalen" Beitrag zur Substitution fossiler Energieträger leisten und auch in näherer Zukunft die Energiebilanzen der Entwicklungsländer kaum entlasten können. Die Untersuchung eines Solarenergie-Projektes auf den Philippinen zur ländlichen Elektrifizierung bestärkt diese Skepsis: Bis heute haben sich dort Solaranlagen nicht gegen konventionelle Systeme (d.h. Netzerweiterung und Dieselgeneratoren) in größerem Umfang durchsetzen können.

Die Beiträge der Abschnitte IV bis VI untersuchen die Problembereiche Tropenwald, Landwirtschaft und Industrieabfälle. Angesichts der Wichtigkeit, die den tropischen Regenwäldern in der aktuellen Diskussion beigemessen wird, überrascht die Feststellung von Bruenig, daß die Auswirkung der Zerstörung der Tropenwälder auf das Weltklima im Vergleich zu Effekten der exorbitanten Emissionen der Industrieländer relativ gering sei. Der Zielkonflikt zwischen Armutsbekämpfung, Wirtschaftswachstum und Tropenwald wird am Beispiel der Transmigration in Indonesien deutlich. Durch die Landerschließung für die Neusiedler wird das Ökosystem der Region bedroht. Ein anderer Aufsatz stellt das Konzept des Standortgerechten Landbaus dar. Nicht ganz klar wird, inwieweit sich dieses Konzept bereits praktisch bewährt hat und ob es eine Chance hat, sich in größerem Umfang durchzusetzen. Ein weiterer Aufsatz beschäftigt sich mit Müllkolonialismus und dem weltweiten Abfallhandel. Ein Beitrag untersucht die Abfallprobleme einiger tanzanischer Industriebetriebe.

Der Reader bietet eine gute Darstellung und Untersuchung sowohl der theoretischen Aspekte als auch der wesentlichen praktischen Ansätze einer umweltorientierten Entwicklungspolitik. Das große Interesse an dieser Thematik zeigt sich darin, daß die Erstauflage von 1991 schnellvergriffen war und - um zwei aktuelle Beiträge erweitert - 1992 neu aufgelegt wurde. Die Autoren sind kompetente Vertreter ihres Fachgebietes und die einzelnen Beiträge sind lehrreich. Die Auswahl und Zusammenstellung der Beiträge ist gelungen. Da das Buch vor der UNCED-Konferenz in Rio erschienen ist, konnten die dortigen Diskussionen und Ergebnisse keine Berücksichtigung mehr finden. Die meisten Aufsätze haben jedoch nichts an Relevanz verloren.

Kritisch sei jedoch angemerkt, daß die Position des Südens nicht zu Wort kommt. Dies ist bedauerlich, denn unbestreitbar - und der Reader macht das nochmals deutlich - stehen hier Aufgaben an, die von Nord und Süd gemeinsam angegangen werden müssen. Es wäre auch interessant gewesen, die Position von Wissenschaftlern aus dem Süden zu dieser Thematik zu erfahren. Möglicherweise hätten sie die heikle Frage gestellt, ob eine verstärkte Umweltorientierung der Entwicklungspolitik nicht zu einer Verminderung "traditioneller" Entwicklungshilfe führt. Denn angesichts der dramatischen Verschlechterung der Lebensverhältnisse in vielen Teilen der Dritten Welt haben Maßnahmen zur Armutsbekämpfung, Ernährungssicherung und zur Sicherung der Grundbedürfnisse ja nichts an Dringlichkeit verloren. Da die deutsche Entwicklungshilfe stagniert und gleichzeitig weitere Länder als Entwicklungsländer eingestuft werden, ist zu befürchten, daß das Volumen, das für die bisherigen Entwicklungsländer zur Verfügung steht, absolut schrumpfen wird. Werden aus dieser geschrumpften Kasse nun auch Umweltschutzprojekte finanziert, werden zwangsläufig "herkömmliche" Entwicklungshilfeprojekte auf der Strecke bleiben. Dieser konkrete Zielkonflikt der praktischen Entwicklungspolitik hätte eine kritische Beleuchtung verdient.